

Kritik an Bürgerarbeit

Projekträger im Gespräch mit Bischof und Arbeitsagentur-Chefin



Foto: Hans Georg Schneider

Bischof Dr. Stephan Ackermann, Heidrun Schulz, Hans Casel, Rudolf Hammes (vlnr.)

Die von der Bundesregierung geplante "Bürgerarbeit" trifft bei der Aktion Arbeit des Bistums Trier auf deutliche Kritik. Das neue arbeitsmarktpolitische Instrument für Langzeitarbeitslose war Thema der "Trägerkonferenz" der Aktion Arbeit am 17. August in Dillingen. Mit Bischof Dr. Stephan Ackermann und Heidrun Schulz, Chefin der Regionaldirektorin Rheinland-Pfalz-Saarland der Agentur für Arbeit tauschten die Leiter der von der Aktion Arbeit unterstützen Beschäftigungsbetriebe ihre Erfahrungen mit der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit.

Ziel der neuen "Bürgerarbeit" sei die Integration in den ersten Arbeitsmarkt, erklärte Regionaldirektorin Schulz. Nach einer sechs-

monatigen Aktivierungsphase mit dem Ziel der Integration schließe sich für die nicht vermittelten Arbeitslosen die Phase der "Bürgerarbeit" an, die auf drei Jahre begrenzt sei. Dort gehe es um Arbeitsfelder wie Umweltschutz, Seniorenarbeit, Busbegleitung, Möbelbörsen oder Sozialkaufhäuser. Arbeitgeber können Kommunen oder Kreise und in Absprache auch andere Träger sein. Für das Saarland und Rheinland-Pfalz seien 1780 solcher BürgerArbeitsplätze genehmigt.

Die Beschäftigungsbetriebe äußerten sich kritisch zu dem neuen Modell, vor allem im Vergleich mit dem Vorgänger-Programm "Job-Perspektive" fehle bei der Bürgerarbeit die dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeit für diejenigen, die nicht

vermittelt werden können. Bischof Ackermann machte den Trägern und der Aktion Arbeit Mut, weiterhin Lobbyarbeit für Arbeitslose zu betreiben. Die Kirche müsse sich das Thema Arbeitslosigkeit weiterhin auf die Fahnen schreiben. "Viele der betroffenen Personen werden keine Arbeit bekommen, auch wenn die Wirtschaft mit XXL boomt", sagt Ackermann. Mit klassischer Arbeitsmarktpolitik alleine lasse sich das Problem offensichtlich nicht lösen. Es gehe um die Würde der Menschen, die in der Produktivität keine Rolle mehr spielen.

Im Gespräch mit Beschäftigten der Katholischen Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis e.V. informierte er sich über deren Erfahrungen.

EDITORIAL

Wie die Kesselflicker streiten die politischen Lager über die Arbeitsmarktpolitik: sollen die Hartz-Regelsätze erhöht werden, Bildungs-Chipkarten für Kinder, Ausgestaltung von Bürgerarbeit, Restriktionen für Leiharbeit,?

Ein Thema wird dabei geflissentlich ausgespart: wie kommen wir zu den notwendigen neuen Jobs für Langzeitarbeitslose? Und eine Gruppe schweigt bei der Suche besonders laut: die Wirtschaft und die Wirtschaftsministerien.

Das undankbare Geschäft mit den Arbeitslosen überlässt man lieber den Arbeits-, bzw. Sozialministerien. Zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit zur der Verantwortung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik gehört die Bereitstellung ausreichender Arbeitsplätze.

Eine große Koalition der Verantwortlichen ist dringend geboten!



Hans Casel,
Bischöflicher
Beauftragter
für die
Aktion Arbeit



Ökumenischer Studientag zeigt konkrete Möglichkeiten für die Pastoral

Langzeitarbeitslose leben in Kirchengemeinden.

Nimmt man sich überhaupt gegenseitig wahr oder gibt es hier einen schwarzen Fleck in der aktuellen Seelsorge? Das war das Thema eines ökumenischen Studientags am 9. Juni in Koblenz.

In drei Workshops ging es um konkrete Möglichkeiten im Alltag einer Pfarrgemeinde. Wie können Verantwortliche in den Gemeinden ihren Blick auf langzeitarbeitslose Menschen und ihre Bedürfnisse sensibilisieren? Funktionierende Praxisbeispiele wurden in einem zweiten Workshop besprochen, in einer dritten Arbeitsgruppe drehte sich alles um Ausbildungspatenschaften. Die Ergebnisse können bei der Geschäftsstelle der Aktion Arbeit abgerufen werden. Uwe Becker, Pfarrer und Vorstand der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., kritisierte die aktuelle Arbeitsmarktpolitik der politisch Verantwortlichen mit scharfen Worten: "Sie entwirft das Bild einer milieuspezifisch das Gemeinwohl schädigenden kollektiven Fehlleistung.

Das Bild der latent kriminellen Sozialschmarotzer, die zu Tausenden ihre Arbeitslosigkeit als Ruhekiten und Basislager massiven Sozialbetrugs nutzen, wird nicht nur fahrlässig von manchen Medien reißerisch in Szene gesetzt, sondern durchaus auch von politisch Verantwortlichen." Becker forderte eine deutlich vernehmbare kirchliche Solidarität mit den "auf dem Arbeitsmarkt Überflüssigen".

"Gerade wir dürfen nicht den Eindruck vermitteln, dass Menschsein sich erst durch Arbeit Geltung verschafft." Konkret forderte Becker die Kirchengemeinden zu mehr Sensibilität bei der Begegnung mit Arbeitslosen auf. Bei der Finanzierung von entsprechenden Projekten müsse stärker die Vernetzung mit anderen Gemeinden, Verbänden und Caritas/Diakonie in den Blick genommen werden.

Veranstalter des Studientags waren die "Aktion Arbeit" im Bistum Trier, die Evangelische Kirche im Rheinland und die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe.

Personen

Maria-Theresia Lohse, Großmaiseid, ist seit Juli Dekanatsbeauftragte für die Aktion Arbeit im Dekanat Rhein-Wied.

Gudrun Jocher, Hermeskeil übernimmt diese Aufgabe im Dekanat Hermeskeil-Waldrach.

Johannes Tittel, bewährter und zuverlässiger Ansprechpartner in der Geschäftsstelle der Aktion Arbeit, wechselt den Arbeitsplatz. Ab September verstärkt er das Vorbereitungsteam der Heilig-Rock-Wallfahrt 2012. Die Aktion Arbeit wünscht ihm alles Gute!

Kurz & Knapp

Das Sparpaket der Bundesregierung hat die "Aktion Arbeit" als "unausgewogen" kritisiert. Hans Casel, Bischöflicher Beauftragter der Aktion: "Von den geplanten 11 Millionen Euro Einsparungen bei Sozialausgaben im Jahr 2011 haben die Ärmsten 5 Millionen beizutragen. ‚Die Ärmsten‘, das sind 14 Prozent der Bevölkerung, übernehmen 45 Prozent der Lasten. Gerecht ist das nicht." Die Abschaffung des Zuschusses an die Rentenversicherung bei Empfängern von Arbeitslosengeld II ist eine Mogelpackung. Mit der Abschaffung wird ein Problem einfach in die Zukunft verschoben, die Altersarmut wird langfristig verschärft. Die Einsparungen im Bereich der Sozialausgaben lassen kein Konzept erkennen, kritisiert die Aktion Arbeit. "Wir brauchen eine Neuordnung des Niedriglohnbereichs", forderte Casel. Seit langem setze sich die "Aktion Arbeit" für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ein, der Langzeitarbeitslose, die auf dem normalen Markt nicht mehr zu vermitteln sind, auffängt.

EHRENAMTLICHE HELFEN

Das von der Aktion Arbeit und dem Diözesan-Caritasverband entwickelte und begleitete Patenschaftsmodell findet großen Anklang. In den Dekanaten Wittlich, Neunkirchen, Bitburg und Bad Kreuznach sind weitere Projekte in Vorbereitung. Die Ausbildungspatenschaften in Karben-Martental und Daun

sind jetzt in die zweite Runde gestartet. Es geht darum, dass engagierte ehrenamtliche Patinnen und Paten mit hauptamtlicher Begleitung Jugendliche beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt unterstützen. Besonders in Focus sind dabei Hauptschulabgänger, die es besonders schwer haben

bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder einer Beschäftigung. Die Unterstützung reicht von der Hilfe bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen bis zur Begleitung beim Vorstellungsgespräch. Die Projekte werden in der Regel auf ökumenischer Basis organisiert.

Modellprojekt gestartet

Ein zweites von der Aktion Arbeit initiiertes Modellprojekt zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen ist jetzt in Trier auf den Weg gebracht. Träger ist die Handwerkskammer Trier. Unterstützt wird das ökumenische Projekt von der ARGE Trier und dem Mainzer Sozialministerium. Während beim ersten Modellprojekt in Püttlingen problematische jugendliche Arbeitslose im Fokus stehen, geht es in Trier darum, ältere Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen zu beraten, zu qualifizieren und möglichst in gewerbliche Wirtschaftsbetriebe zu vermitteln.

Aktion Arbeit

kämpft für Jobperspektive im Saarland

Die Aktion Arbeit im Bistum Trier hat an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen appelliert, das Programm "JobPerspektive" im Saarland weiter zu fördern. In den entsprechenden Projekten seien alleine im Regionalverband Saarbrücken rund 400 Arbeitsverhältnisse vorher langzeitarbeitsloser Menschen durch einen erneuten Politikwechsel bedroht. Im Saarland spitzt sich nach einer Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die Situation besonders zu, weil hier die ARGEn dieses Instrument besonders intensiv

genutzt haben. Gelingt es nicht, das Programm wie geplant weitzuführen, werden die Betroffenen in den nächsten Wochen wieder arbeitslos. Und das müssten sie auch für ein halbes Jahr weiter bleiben, bevor irgendetwas für sie geschehen kann. "Die werden jetzt wieder Hartz IV-fähig gemacht, das ist unfassbar", ärgert sich Klaus Zimmermann von der ESH Püttlingen. Um eine solche Entwicklung abzuwenden, hat die Aktion Arbeit der Bundesregierung vorgeschlagen, die Mittel, die an anderen Stellen für das

Programm Jobperspektive nicht ausgegeben wurden und die sonst verfallen, für die saarländischen ARGEn und die dortigen Projekte zur Verfügung zu stellen. Eine Antwort der Ministerin steht noch aus. Staatssekretär Dr. Brauksiepe hat am 2. Juli erklärt, die betroffenen ARGEn könnten beim Bundesarbeitsministerium entsprechende Anträge stellen. Noch ist offen, ob dieser Weg funktioniert. Für die ARGEn scheint das kein gangbarer Weg zu sein. Fazit: der Karren steckt tief im Dreck.

ARBEITSBLATT kann bestellt werden bei:
aktionarbeit
@bistum-trier.de

REDAKTION
Hans Casel, Rudolf Hammes, Johannes Tittel
Gestaltung: bipsaar
Kontakt: aktionarbeit
@bistum-trier.de

Bürgerarbeit: Rückschritt in der Arbeitsmarktpolitik

Die im Januar anstehende Einführung des arbeitsmarktpolitischen Instruments "Bürgerarbeit" bewertet die Aktion Arbeit als einen Rückschritt in der Arbeitsmarktpolitik. In einer Stellungnahme vom 17. August heißt es dazu unter anderem:

-Bürgerarbeit ist ein "Modellprojekt". Es fehlt jeder erkennbare Wille, nachhaltige Instrumente für die Beschäftigung leistungsgeminderter Langzeitarbeitsloser zu schaffen.

-Bürgerarbeit ist von vorneherein auf drei Jahre begrenzt und damit grundsätzlich untauglich. Das Vorgängerprogramm "JobPerspektive" eröffnete JobPerspektive erst-

mals die Aussicht auf eine dauerhafte Beschäftigung. Dieser Fortschritt wird ohne Begründung aufgegeben.

-Bürgerarbeit wird im Gegensatz zu JobPerspektive wieder auf die Kriterien "zusätzlich" und "im öffentlichen Interesse" eingegrenzt. Wie sollen die Beschäftigungsträger Einnahmen erwirtschaften mit "zusätzlichen" Arbeiten, die kein gewerblicher Betrieb ausführen möchte, weil damit keine vernünftigen Einnahmen zu erzielen sind?

-Die fehlende finanzielle Förderung von sozialpädagogischer Begleitung und Anleitung wird es schwieriger machen, arbeitsmarktfremde Personen in die Förderung

einzu beziehen.

-Die Verpflichtung aller Betroffenen zu einer sechsmonatigen "Aktivierungsphase" ist für diejenigen, die diese Phase bereits im Programm JobPerspektive und anderen Maßnahmen durchlaufen haben, eine unnötige Schikane.

Die Projektbeschreibungen von Bürgerarbeit atmen einen Geist, der den Verdacht aufkommen lässt, hier solle weiter Druck auf die Arbeitslosen gemacht werden. Das Problem sind aber nicht die Arbeitslosen, sondern die fehlenden Arbeitsplätze für diese Gruppe, die Opfer dürfen nicht zu Tätern stilisiert werden.



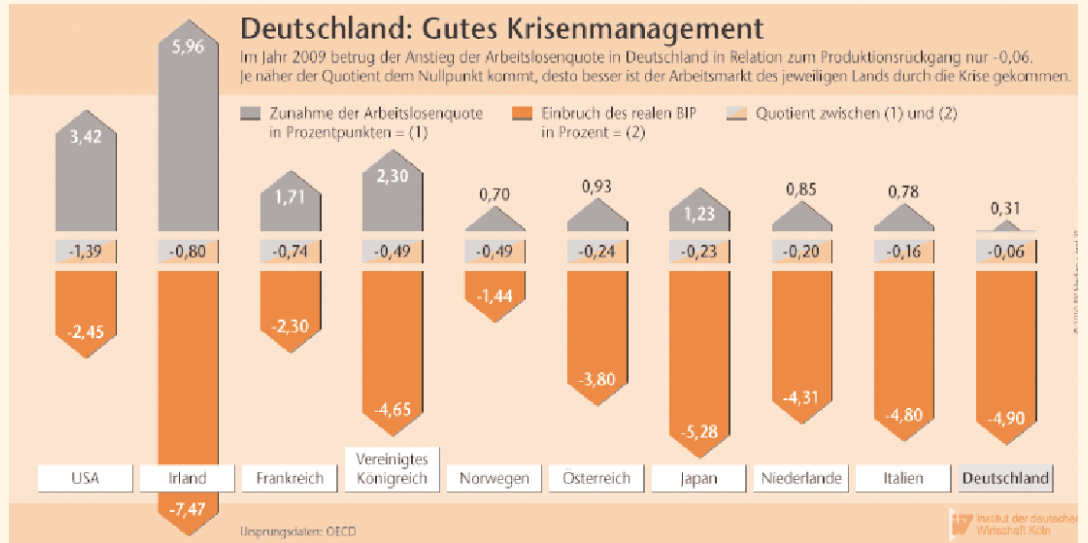
ARBEITSBLATT

informiert per E-Mail über alles Wichtige aus und zur Aktion Arbeit.

Alle bereits registrierten Empfänger sind herzlich eingeladen, das **ARBEITSBLATT** per Mail weiter zu geben.

Gutes Krisenmanagement?

Im Großen und Ganzen ist Deutschland, was die Beschäftigung anbelangt, praktisch unbeschädigt durch die Wirtschaftskrise gekommen (Grafik): Die Arbeitslosenquote war 2009 nur um 0,3 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor, obwohl die Produktion um 5 Prozent eingebrochen ist. Für das vom Ausland bezeichnete "deutsche Beschäftigungswunder" ist einerseits die Politik mit ihrem Kurzarbeitsprogramm mit verantwortlich. Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise im Mai 2009 waren 1,5



25 Jahre gabb

Ihr 25jähriges Bestehen wollte die gabb (Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitslosenberatung und Beschäftigung Burbach mbH) nicht feiern. "Dass es eine Einrichtung wie das Arbeitslosenzentrum so lange und noch länger geben muss, ist kein Grund zum Feiern", meinte Geschäftsführer Dieter Schumann und lud kurzerhand zu einer Podiumsdiskussion über öffentlich geförderte Beschäftigung ein. Prominente Vertreter von Gewerkschaften, Unternehmern, Kammern, Arbeitsverwaltung und Kirchen folgten der Einladung und diskutierten kontrovers über Ursachen und Entwicklungsprognosen.

Das ökumenische Arbeitslosenzentrum in Saarbrücken-Burbach war 1984 als Reaktion auf den Niedergang der Stahlindustrie von der katholischen und evangelischen Kirchengemeinde gegründet worden. Die Kirchengemeinden wollten ihren Beitrag dazu leisten, den betroffenen Menschen in dem krisengeschüttelten Stadtteil eine Anlaufstelle zu bieten. Die für eine zeitlich begrenzte Krise eingerichtete Stelle hat sich mittlerweile zu einer Beschäftigungsgesellschaft entwickelt mit Beratungsangeboten sowie der Durchführung und Vermittlung von Beschäftigung und Qualifizierung Langzeitarbeitsloser. Derzeit betreut ein 14köpfiges Stammpersonal 70 bis 80 Teilnehmer.

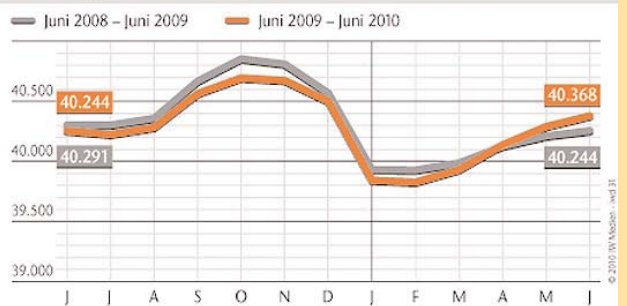
Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, seit März ist die Zahl von 830.000 um weitere ca. 400.000 gefallen.

Insbesondere aus dem Ausland wird Deutschland kritisiert, dass die Schwächeren wie schon bei der Bewältigung der Globalisierung aus diesmal wieder die Opfer bringen mussten, um Deutschland für den Weltmarkt fitt zu machen. Der Niedriglohnbereich wurde erneut kräftig ausgedehnt, Leih- und

Zeitarbeit greifen um sich wie Kraken, 400-Euro Jobs und Arbeitsgelegenheiten kaschieren die Notwendigkeit, neue Jobs zu schaffen. Das Abdrängen der Leistungsschwächeren in die prekäre Beschäftigung wird fatale Folgen für die Zukunft unserer Gesellschaft haben. Allein die auf uns zurollende Welle der Altersarmut durch fehlende Sozialversicherungsbeiträge türmt sich immer weiter auf.

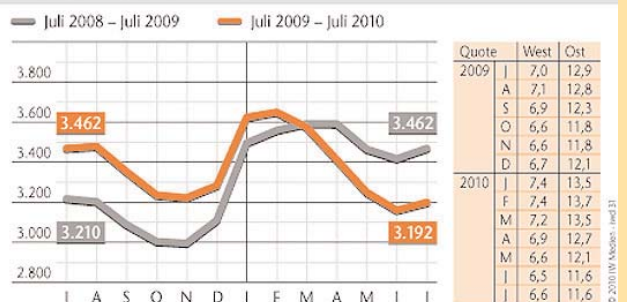
Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000



Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000



Das **Konto** für Ihre Spende:

3001399011
 Pax Bank Trier
 BLZ 585 602 94

